

Eine erste Analyse der weiterentwickelten Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie

(Kabinettsbeschluss vom 10. März 2021)

Beitrag im Rahmen des gemeinsamen Pressebriefings von RNE, WBGU, SRU, wpn2030, SDSN Germany sowie Netzwerk Weitblick am 11. März 2021, es gilt das gesprochene Wort

Von: **Prof. Dr. Christa Liedtke**, Wuppertal Institut/Folkwang Universität und Co-Vorsitzende wpn2030

Der Beschluss der DNS gestern durch das Bundeskabinett war ein ganz entscheidender Schritt, um Nachhaltigkeitspolitik erneut auf eine politisch solide Grundlage zu stellen. Herzlichen Dank an alle Beteiligten! Die weiterentwickelte Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist umfassend geworden. Zum einen ist sie eine Bestandsaufnahme des bislang Erreichten und des noch nicht Erreichten – bei der man feststellen muss: Deutschland ist weiterhin noch nicht auf einem Pfad, die SDGs bis 2030 zu erreichen. Zum anderen weist die DNS einige wichtige strategische Weiterentwicklungen auf, seit sie im Januar 2017 in ihrer vergangenen Fassung vom Bundeskabinett verabschiedet worden war.

Hinsichtlich der strategischen Weiterentwicklungen möchte im Folgenden auf 3 Punkte eingehen:

- 1) Struktur der DNS
- 2) Politische Prozesse und politisches Monitoring
- 3) „Kreislaufwirtschaft“ als beispielhafter Transformationsbereich

1) Struktur der DNS

a) Vorweg: Zu begrüßen ist, dass der wichtige **Transformationsbereich „Menschliches Wohlbefinden und Fähigkeiten, soziale Gerechtigkeit“ als erster Gliederungspunkt** vorangestellt wurde: das hebt die umfassende Bedeutung dieses Bereiches hervor.

b) Bereits beim „Forum Nachhaltigkeit“ 2017 hat die wpn2030 zusammen mit SDSN Germany gefordert, prioritäre Handlungsfelder für Deutschland zu identifizieren und zu verfolgen. Mehr noch als in der Dialogfassung vom Herbst ist in der gestern beschlossenen Strategie überzeugend dargelegt worden, dass die **sechs Transformationsbereiche mit den Off-Track-Indikatoren (besser wäre: allen Indikatoren, damit diese nicht erst „off-track“ gehen) sowie den Maßnahmen zusammengedacht** werden müssen.

→ diese Struktur ist sehr hilfreich, um die Aktivitäten quer zu den 17 SDG auf zentrale Wendebereiche zu fokussieren.

→ die DNS-Indikatoren sollten jeweils für die Transformationsbereiche und Hebel bewertet werden, inwieweit sie die notwendigen Ziele abbilden und ob die Indikatoren überhaupt dafür passgenau sind. Die Bundesregierung versteht die DNS zu Recht als „living document“. Daher muss sich auch und insbesondere die Indikatorik dynamisch den politischen Zielen und Herausforderungen anpassen. Sie müssen als Treiber, nicht nur als Mahner für oder gar Verwalter von soziale/n und technische/n Innovationen dienen.

An mindestens 4 Punkten gilt es jetzt weiterzuarbeiten:

- **Zielkonflikte erfassen:** Die Transformationsbereiche denken verschiedene SDGs zusammen. Sie müssen und können daher auch so weiterentwickelt werden, dass sie Zielkonflikte tatsächlich erfassen und auch auflösen helfen.
- **Kein „Cherry Picking“:** Die sechs Transformationsbereiche müssen die 17 SDGs verstärken, nicht auf 6 Bearbeitungsfelder reduzieren. Der transformative Charakter und die damit verbundenen politischen Prozesse müssen jeweils sichtbar werden.
- **Indikatoren prüfen:** Einige DNS-Indikatoren decken sich in ihren Formulierungen nicht mit denen der SDGs, andere fehlen weiterhin ganz, z. B. zur Bewusstseinsentwicklung und Nachhaltigkeitsliteracy in der Gesellschaft (SDG 12.8 und 4.7). Hierfür sollte ein Überblick erstellt werden.
- **Strategien integrieren:** Verschiedene Strategien der Bundesregierung werden benannt, eine Strategie zu deren Integration gibt es aber nicht. Es fehlt z. B. eine Integration von Klima-, Kreislaufwirtschaft- und Bioökonomiestrategie – was quer zu den Transformationsbereichen hinweg in Kombination mit den Hebeln gelingen könnte. Eine Matrixdarstellung dazu wäre aus- und aufzubauen.

2) Politischer Prozess und politisches Monitoring

a) Ich bin besonders froh, dass die Empfehlung der wpn2030 aufgegriffen und weiterentwickelt worden ist, **noch in dieser Legislatur eine „politische Erklärung“ zu den nächsten Schritten auf Ebene des Staatssekretärsausschusses** für nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten, die eine **Grundlage sowohl für die Verhandlungen zum Koalitionsvertrag** als auch für die dann neue Bundesregierung sein kann. Die jetzt mühsam erreichten Weiterentwicklungen könnten so gut anschlussfähig für ein Aufgreifen und Verschärfen in der neuen Legislatur werden – und daran haben wir wohl alle das allergrößte Interesse!

b) Auch scheinen die vielfältigen Impulse zur stärkeren Beachtung der Off-Track-Bereiche aus den vergangenen Jahren gefruchtet zu haben. Denn wenn zukünftig alle Ministerien im Anschluss an die Veröffentlichung des Indikatorenberichts des Statistischen Bundesamtes gemeinsam an den Staatssekretärsausschuss zum Stand der Zielerreichung bei den Off-Track-Indikatoren berichten müssen (was sodann veröffentlicht werden wird), ist eine wesentliche Weiterentwicklung in Sachen Handlungsdruck erreicht worden. Und wenn nach der ersten Plenarwoche zu Nachhaltigkeit im Bundestag im vergangenen Herbst zukünftig jährlich weitere folgen, ergänzt um eine große Bestandsaufnahme zum Erreichten in der Mitte der Legislaturperiode, dann hat die **DNS in der Tat ein Monitoring- und Review-Verfahren mit dieser Weiterentwicklung erhalten, das beachtliche Wirkung** erzielen kann. Chapeau!

c) Die zentrale **Fehlstelle in der Strategie ist und bleibt die Governance!** Die DNS wird umfangreicher, die Prozesse (auch der Überprüfung und Nachsteuerung) immer ausgereifter. Es liegen mittlerweile 72 „Schlüsselindikatoren“ vor und, so viel Ehrlichkeit muss sein: man stelle sich einmal vor, dass neben der Energiewende und dem Klimaschutz fünf weitere Transformationsbereiche vergleichbaren Ausmaßes angegangen werden – kaum vorstellbar mit dem gegenwärtigen Governance-Setup für die DNS.

→ Wir als Nachhaltigkeits-Community müssen folglich alles daran setzen, dass spätestens im **Koalitionsvertrag eine deutliche Stärkung der Governance der DNS aufgenommen** wird: also bei Zuständigkeiten / Leitungskompetenz und Ressourcen sowohl im Bundeskanzleramt als auch in den einzelnen Ressorts.

→ **Selbstverständlich stehen wir als wpn2030 auch zukünftig gerne für den weiteren kritisch-konstruktiven Dialog hierzu mit der Bundesregierung zur Verfügung.**

3) „Kreislaufwirtschaft“ als beispielhafter Transformationsbereich, insbesondere auch in Verbindung mit der THG Neutralität und SDG 12 NPK

Der Fokus auf **Kreislaufwirtschaft als Transformationsbereich** ist unterstützenswert, die Umsetzung steht aber eher noch am Anfang, insbesondere wenn es darum geht, tatsächlich transformativ zu wirken. Das Narrativ des zirkulären Wirtschaftens ist im Kern immer so stark noch jenes der alten Kreislaufwirtschaft bzw. der Abfallwirtschaft. Zugleich ist es weiterhin dem Effizienzparadigma verhaftet, es fehlen echte Konsistenz- und insbesondere Suffizienzstrategien, wie der Ausbau einer biobasierten zirkulären Wirtschaft oder die EU-Politik der Circular Economy. Diese gilt es zu entwickeln.

Im dafür wesentlichen **SDG 12** hat eine begrüßenswerte Erweiterung stattgefunden durch die Berücksichtigung des mit dem Konsum privater Haushalte verbundenen Rohstoffeinsatzes (Indikator 12.1.b). Die Erweiterung sollte allerdings mit konkreten Reduktionszielen versehen werden, um den Beitrag, den die Maßnahmen erzielen sollen, auch nachvollziehbar zu machen. Wenn beispielsweise vertiefende Programme wie das NPNK mit der DNS verknüpft werden soll, kann dies nur zielgerichtet geschehen, wenn die DNS entsprechende Reduktionsziele bzw. auch Ausbauziele vorgibt.

Wird eine Kreislaufwirtschaft/Circular Economy als das vollständige Schließen von Stoffkreisläufen betrachtet, sollte SDG 8.1 „Gesamtrohstoffproduktivität“ (= Verhältnis des Wertes von Gütern und der Masse der für ihre Produktion eingesetzten Rohstoffe) sinnvollerweise um den Leitindikator der EU („circular material use rate“) ergänzt werden, um die tatsächlichen Wirkungen der Anstrengungen in der Circular Economy nachvollziehbar zu machen. Gefreut hat uns indessen eine erkennbare textliche und inhaltliche Weiterentwicklung vor allem der Bezug zur öffentlichen Beschaffung. Bei den zentralen **Maßnahmen der Kreislaufwirtschaft** ist die Aufnahme des **Nachhaltigen Produktdesigns** zu begrüßen.

Und: **Die Relevanz der Kommunen für eine Kreislaufwirtschaft** muss deutlich unterstrichen werden: Urbane Produktion, Dienstleistungen, das Handwerk, die Interaktion mit den Bürger*innen, neue regionale zirkuläre Geschäftsmodelle im Bereich Sharing Economy – das sind zentrale Gelingensbedingungen. Kreisläufe schließen heißt vor allem auch „innere Kreisläufe“ in den Kommunen schließen: Kurze Wege und Ressourcen in der Stadt, in der Gemeinde halten. Da ist noch viel Luft nach oben. Zu diesem Thema hat die wpn2030 auch kürzlich ein Impulspapier für den Staatssekretärausschuss für nachhaltige Entwicklung veröffentlicht. Darin werden wichtige Impulse gegeben, wie Kommunen als Orte der Transformation in den Mittelpunkt gerückt werden können und sollten (etwa durch: die Befähigung der Kommunen durch strukturelle Weiterentwicklungen, die Stärkung der Kommunen für die Umsetzung von Maßnahmen sowie die Nutzung der Potenziale der Wissenschaft für nachhaltige Kommunalentwicklung). Beteiligt an der Impulserstellung waren neben der wpn2030 das Difu und der Deutsche Städtetag.

Zudem sind globale Wertschöpfungs- und nachhaltige Lieferketten im Zusammenhang mit der Kreislaufwirtschaft substantziell voranzutreiben. Und auch hier wären die Verbindungen zum zirkulären Wirtschaften zu stärken. Wir benötigen hierfür **regionalwirtschaftliche Modelle**, die einerseits kürzere Wertschöpfungsketten wiederentdecken und andererseits fair im internationalen Austausch mit Regionen in anderen Ländern stehen. Ressourcenströme sollten stärker regionalisiert und im Kreislauf geführt werden, Ideen, Kooperationen und Wohlstands- wie wirtschaftliche Entwicklung müssen globalisiert werden.

Abschließend noch ein paar Worte zur **Kommunikation der Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie** – die DNS betont, dass diese nur als Gemeinschaftswerk aller gelingen kann. Hierzu gehört vor allem, dass ein breiter gesamtgesellschaftlicher Diskurs geführt wird zu den Transformationsbereichen, den Hebeln, den Gelingensbedingungen und Zielkonflikten – und zwar zwischen allen Akteuren, Gruppen und Organisationen sowie zwischen Politik, Wissenschaft, Wirtschaft

und Zivilgesellschaft. Eine Grundlage oder gar Voraussetzung für einen solchen Diskurs bildet die Kompetenzentwicklung: eine breite Verankerung von Nachhaltigkeitsbewusstsein wie auch -literacy in der Breite der Gesellschaft. Literacy wird verstanden als das aktive Ausüben und Einbringen der Nachhaltigkeits- und Gestaltungskompetenzen. Gerade für letztere weist die DNS keine Indikatoren und Bewertungsmethodik aus – sie steuert also blind. Beides – das „just in time“-Monitoring von Bewusstsein genauso wie von Literacy sind für mich grundlegende Bedingung für das Gelingen von Transformationen und das Mitnehmen der möglichst Vielen auf diesen aufregenden und herausfordernden Gestaltungsweg, der viel Kooperations- und Kompromissbereitschaft abverlangen wird. Wenn es eines Gemeinschaftswerks bedarf, dann müssen wir auch dazu beitragen, dass die Menschen erreicht werden und Teilhabe am Diskurs und der Gestaltung möglich ist. Deswegen sollte die Kommunikation sowie die formale, non-formale und informelle Bildung schnellstens weiter ausgebaut und in Bezug zum angesprochenen Monitoring gesetzt werden. Ohne transformative und Nachhaltigkeitsliteracy keine Transformation!